

## Sturzprävention im Hochbau: Übersicht über die rechtlich relevanten Vorgaben für die sturzrelevanten Bauteile

### Kanton GL

#### 1. Für alle Hochbauten Relevantes

Was?	Rechtsgrundlagen (Stand 1.1.2020)	Vom Gesetzgeber genannte Normen	Rechtliche Relevanz von Empfehlungen der Fachorganisationen
<b>Allgemeine Sicherheitsvorschrift gemäss Baupolizeirecht (für alle Bauteile)</b>	Art. 48 Abs. 1 Kantonales Raumentwicklungs- und Baugesetz (RBG): Bauten und Anlagen sind nach den anerkannten Regeln der Baukunde zu erstellen und zu unterhalten. Wird der Unterhalt vernachlässigt, so dass Personen oder Sachen gefährdet werden, veranlasst die zuständige Gemeindebehörde nach erfolgloser Mahnung die Ersatzvornahme auf Kosten des Grundeigentümers.  Damit wird generell das Schutzziel «sichere Baute» postuliert.	Technische Normen können wegen der benutzten Gesetzgebungstechnik (Generalklauselmethode) beachtet werden (Ermessensspielraum).	Für Norm-Lücken bzw. beim Fehlen von Normen können Empfehlungen von Fachorganisationen relevant werden.

<b>Beleuchtung, Bodenbeläge und Sanitärräume insbesondere gemäss Gesundheitspolizeirecht</b>	Art. 48 Abs. 2 RBG: Bauten und Anlagen müssen jederzeit den Anforderungen entsprechen, die zum Schutz der Gesundheit notwendig sind. Die Gemeinde erlässt die entsprechenden Vorschriften. Sie kann Richtlinien von Fachverbänden verbindlich erklären.	keine	Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe relevant werden.
--	---	-------	---

#### 2. Zusätzlich Relevantes für Hochbauten, die hindernisfrei sein müssen

<b>Hindernisfreiheit generell (für alle Bauteile)</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Art. 50 RBG: Bauten und Anlagen sind im Baubewilligungsverfahren auf ihre Übereinstimmung mit den Vorschriften des Bundesgesetzes über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen, der Behindertengleichstellungsverordnung und der jeweils gültigen SIA Norm zu überprüfen.</li> <li>Art. 70 Abs. 1 <u>Kantonale Bauverordnung</u>: Neubauten mit vier und mehr Wohneinheiten sind so zu gestalten, dass sie den Bedürfnissen von behinderten Personen angepasst werden können. Der Zugang zu mindestens einem Vollgeschoss ist rollstuhlgerecht zu gestalten.</li> <li>Art. 70 Abs. 3 Kantonale Bauverordnung: Sanierungen von Altbauten und Umbauten richten sich nach den Vorschriften des Bundesgesetzes und der jeweils gültigen SIA-Norm.</li> <li><u>Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG)</u></li> <li><u>Verordnung des Bundes über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsverordnung, BehiV)</u></li> </ul>	Jeweils gültige SIA-Norm (zZt SIA 500:2009) <ul style="list-style-type: none"> <li>Beleuchtung: SIA 500 (Kapitel 4 Orientierung und Beleuchtung)</li> <li>Bodenbeläge: SIA 500 (Anhang B.1 Eignung von Bodenbelägen, Begehbarkeit und Gleitsicherheit)</li> <li>Treppen: SIA 500 (Kapitel 3.6.3. Erkennbarkeit und Markierung, 3.6.4. Handläufe)</li> <li>Geländer / Brüstungen: SIA 500 (Kapitel 3.4.5. Abschränkungen)</li> <li>Sanitärräume: SIA 500 (Kapitel 10.2. Toiletten, Bäder, Duschen)</li> </ul>	Empfehlungen von Fachorganisationen können für Norm-Lücken relevant werden.
---	---	--	---

Was?	Rechtsgrundlagen (Stand 1.1.2020)	Vom Gesetzgeber genannte Normen	Rechtliche Relevanz von Empfehlungen der Fachorganisationen
<b>3. Zusätzlich Relevantes für bestimmte Nutzungsarten von Hochbauten</b>			
<b>Mit Mitteln der Wohnraumförderung erstellte altersgerechte Bauten</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Insbesondere Art. 5 <u>Eidgenössisches Wohnraumförderungsgesetz (WFG)</u>: Bei der Förderung ist darauf zu achten, dass c. der Wohnraum und die unmittelbare Umgebung den Bedürfnissen von Familien, Kindern und Jugendlichen, älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen entsprechen.</li> <li>• <u>Merkblatt BWO Gestaltung von altersgerechten Wohnbauten vom Juli 2013</u></li> </ul>	Der Gesetzgeber selbst nennt keine Norm explizit. Das BWO-Merkblatt jedoch nimmt generell Bezug auf die Norm SIA 500 (Kap. 9 und 10) sowie für den Bauteil Beleuchtung auf die SN/EN 12464-1.	Empfehlungen von Fachorganisationen (z.B. die im BWO-Merkblatt explizit genannten Fachdokumentationen) können für Norm-Lücken relevant werden.
<b>Alters- und Pflegeinstituten</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Art. 44 Kantonales Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz): gemäss Abs. 1 bedarf der Betrieb eines Heimes oder einer Einrichtung, die mehr als fünf Kinder, Jugendliche oder Erwachsene ganztägig betreut, einer Bewilligung.</li> <li>• Art. 5 Abs. 2 lit. k <u>Kantonale Verordnung über die Erteilung von Betriebsbewilligungen für stationäre Einrichtungen und deren Haftung</u>: dem Gesuch um eine Betriebsbewilligung sind Pläne (Situation, Grundriss, Querschnitt) beizulegen.</li> <li>• <u>Richtlinien für die Erteilung von Betriebsbewilligungen für stationäre Einrichtungen</u> (kantonales Departement Volkswirtschaft und Inneres vom 3.9.2019 – insbesondere Ziffer 11)</li> </ul>	keine	Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe und Angaben in den kantonalen Richtlinien relevant werden.
<b>Kitas, Kindergärten und Schulen</b>	<p>Sichere Gebäude für Kitas:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Art. 15 Abs. 1 lit. d <u>Eidgenössische Pflegekinderverordnung</u>: Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn die Einrichtungen den anerkannten Anforderungen der Wohnhygiene und des Brandschutzes entsprechen.</li> <li>• Art. 44 Kantonales Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz): gemäss Abs. 1 bedarf der Betrieb eines Heimes oder einer Einrichtung, die mehr als fünf Kinder, Jugendliche oder Erwachsene ganztägig betreut, einer Bewilligung.</li> <li>• Art. 5 Abs. 2 lit. k <u>Kantonale Verordnung über die Erteilung von Betriebsbewilligungen für stationäre Einrichtungen und deren Haftung</u>: dem Gesuch um eine Betriebsbewilligung sind Pläne (Situation, Grundriss, Querschnitt) beizulegen.</li> <li>• <u>Richtlinien für die Erteilung von Betriebsbewilligungen für stationäre Einrichtungen</u> (kantonales Departement Volkswirtschaft und Inneres vom 3.9.2019 – insbesondere Ziffer 11)</li> </ul>	keine	Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe und Angaben in den kantonalen Richtlinien relevant werden.
<b>Hochbauten mit Arbeitsplätzen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <u>Verordnung 3 zum Eidgenössischen Arbeitsgesetz</u>: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Art. 14 Bodenbeläge</li> <li>• Art. 15 Beleuchtung</li> </ul> </li> </ul>	Der Gesetzgeber selbst nennt keine Norm explizit. Die SECO-Wegleitung jedoch nimmt generell Bezug auf verschiedene Normen, z.B.	Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe bzw. von Unklarheiten der Wegleitung relevant werden.

Was?	Rechtsgrundlagen (Stand 1.1.2020)	Vom Gesetzgeber genannte Normen	Rechtliche Relevanz von Empfehlungen der Fachorganisationen
Hochbauten mit Arbeitsplätzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <u>Verordnung 4 zum Eidgenössischen Arbeitsgesetz</u></li> <li>• Art. 9 Treppen</li> <li>• Art. 12 Geländer und Brüstungen</li> <li>• <u>Wegleitung SECO zu dieser Verordnung</u></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• die SN/EN 12464-1 für die Beleuchtung</li> <li>• die DIN 51130 und DIN 51097 für die Bodenbeläge</li> </ul>	

Detailliertere Erläuterungen dazu entnehmen Sie bitte der BFU-Fachdokumentation 2.034 «Rechtliches zur Sturzprävention im Hochbau» (bfu.ch > Bestellen & herunterladen > 2.034).